

Der prohenhafte Hochmut, der aus diesen Briefen spricht, wird sich schon nach legen, wenn die Herren Baugewerkschaften zu der Erkenntnis gekommen sein werden, daß sie es nicht mit einer disziplinlosen Masse, sondern mit gut organisierten, zum Kampf für ihr gutes Recht entschlossenen Männern zu tun haben. Es hat schon mancher klein beigeben müssen, der vorher hochmütig und geringfügig auf die Arbeiter herabsah. Auch für die Baugewerkschaften wird noch die Stunde kommen, wo sie um gut Better bitten und froh sein werden, wenn sie ihre guten alten Arbeitskräfte wiederbekommen können zu den Bedingungen, die die Arbeiter in übergrößer Bescheidenheit niedrig genug gehalten haben.

In München scheint es zu einem ernstlichen Konflikt kommen zu sollen, und ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kampf schon beim Erscheinen dieses Blattes auf der ganzen Linie entbrannt ist. Schon seit geraumer Zeit schwelen zwischen den Unternehmern und den beteiligten Arbeiterorganisationen über die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Verhandlungen, ohne daß es zu einer Verständigung gekommen wäre. Die Differenz besteht hauptsächlich darin, daß die Unternehmer nur einen Durchschnittslohn zugestehen wollen, während die Arbeiter auf der Forderung eines Mindestlohnes bestehen. Jetzt scheinen die Unternehmer der Verhandlungen müde geworden zu sein und sich entschlossen zu haben, ein anderes Mittel anzuwenden, um die Gezellen für zu machen. Einige Unternehmer vom Arbeitgeberverband verlangen plötzlich, daß auf ihren Bauten ein Stunden gearbeitet werden solle, obgleich die tarifmäßige Arbeitszeit nur zehn Stunden beträgt. Offenbar haben die Unternehmer das Bestreben, ihre Arbeiter so schnell wie möglich fertigzustellen, um dann den Arbeitern den Daumen aufs Auge drücken zu können. Die Arbeiter, die diesen Plan der Herren Unternehmer durchschauen, weigerten sich natürlich, länger als die tarifmäßige Zeit zu arbeiten. Obgleich nun mit dem Arbeitgeberverband gar keine Abmachungen bezüglich der täglichen Arbeitszeit bestehen, sondern nur eine Arbeitsordnung von der Stimmung, machte die Unternehmerorganisation die Sache der einzelnen Unternehmer doch zu der ihrigen, indem sie an den Zweigverein unseres Verbandes ein geharnischtes Schreiben richtete, das so lautet:

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands,

Zweigverein München, Feldstr. 3, I.

Bei Herrn Baumeister Stöck, und zwar auf dessen Bau Maschinen in der Herzog Wilhelmstraße, derweilten die Maurer, einer Anordnung des Verbandes Folge leistend, eine Überstunde nach Feierabend zu machen.

Dieser Verstoß gegen die zur Zeit geltende, von den Maurern anerkannte Arbeitsordnung hinzunehmen, sind wir nicht gewillt.

Wir müssen Sie dringend ersuchen, hier sofort Wandel zu schaffen, da wir sonst gezwungen wären, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Einer umgehenden Erklärung Ihrerseits entgegen-

sehen, zeichnet

München, 7. Juni 1905.

Hochachtungsvoll

J. A. Joh. Fellermeier, erster Vorsitzender.

San Mannheim. Die Lohnbewegung in Forstheim ist beendet. Die Unternehmer hielten es diesmal ebenfalls nicht der Mühe wert, den Maurern eine Antwort zu geben. Nach Ablauf der gestellten Frist hielten die Maurer eine Versammlung ab, in welcher der Vorstand beauftragt wurde, alle zum Streit nötigen Vorarbeiten zu treffen, und dann eine weitere Versammlung zur endgültigen Beschlußfassung einzuberufen. Die Versammlung fand am 31. Mai von der Vesper ab statt, um dadurch auch den ländlichen Kollegen Gelegenheit zu geben, daran teilzunehmen. Der folgende Tag war ein Feiertag. Am anderen Morgen, als die Maurer zur Arbeit kamen, wollte der Unternehmer Sieber ein Exemplar statuieren, weil seine Maurer sich erlaubt hatten, an der Versammlung teilzunehmen. Es wurden 15 deutsche Maurer entlassen. Am Abend des gleichen Tages fand nun für alle Sieberischen Maurer eine Platzversammlung statt. Diese beschloß, daß am folgenden Tage eine Kommission die Wiederentstellung der 15 Maurer verlangen sollte, widrigenfalls alle Maurer des Siebers die Arbeit einstellen sollten. Sieber antwortete der Kommission, er habe wohl einen Fehler gemacht, er stelle die Leute aber nicht mehr ein. Er hätte bereits mit seinen Kollegen gesprochen; wenn sein Bau geplatzt wäre, so würden die Unternehmer Gegenmaßnahmen ergreifen. Darauf legten dann die Maurer einmütig die Arbeit nieder. Erstensamerweise beteiligten sich auch alle italienischen Kollegen daran. Die Unternehmer hielten nun am Montag, den 6. Juni, Kriegsrat. Hier zeigte sich jedoch, daß die Herren keinen Mut hatten, auszuweichen. Sie wollten jetzt plötzlich unterhandeln. Dienstag früh ließ Sieber ein Mitglied der Lohnkommission rufen. Kollege Neupke erklärte, die Maurer seien wohl zu Unterhandlungen bereit, jedoch müßte hieran der Gauherrschende teilnehmen. Die Unternehmer hatten dagegen nichts mehr einzubringen, und so fanden noch Dienstag Nachmittag die Verhandlungen statt. Die eigentlichen Unterhandlungen begannen Mittwoch Vormittag 11 Uhr. Hierbei kam es nun zum Abschluß eines Vertrages. Die beiderseitigen Versammlungen stimmten den Abmachungen zu, so daß jetzt also auch in Forstheim auf zwei Jahre Ruhe ist. Dieser wurde ein Durchschnittslohn von 43 A. gegah. Verebart wurde, für dieses Jahr 46 A., für nächstes Jahr 48 A. bei zehnstündiger Arbeitszeit zu zahlen. Auch die Nebenforderungen, wie Bezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, wurden angenommen. Die Vereinbarungen wurden vertraglich festgelegt. Die Sperre über die Firma Sieber wurde aufgehoben.

Kollegen! An uns wird es nun liegen, das Errungene zu erhalten. Denke keiner, er könnte jetzt der Organisation wieder den Rücken kehren, für ihn sei gezeigt, sondern jeder muß es sich zur Pflicht machen, mit seiner ganzen Kraft zur Stärkung und Ausbaurung der Organisation beizutragen und die uns jetzt noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, damit wir, wenn der Tarif abgelaufen ist, geschlossen den Unternehmern gegenüberstehen. Bezug von Verbandskollegen ist sehr erwünscht.

In Heidelberg haben sich einige Abtrünnige gefunden, doch steht trotzdem der Streik noch sehr günstig. Geht es nach Pfingsten den Zug fernzuhalten, so muß der Sieg auf unserer Seite sein.

In Speyer ist die Situation für uns ebenfalls günstig, doch dürfte der Streik hier noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Speyerer Broten können nur durch größere Verluste zur Vernunft gebracht werden. Die Kollegen sind fest entschlossen auszuhalten, bis der Sieg errungen ist. Ein Kleinfleischer hatte sich mit zwei Gefellen verführen lassen und Arbeit von einem der Broten übernommen. Aber nicht lange, denn ein Gefelle hat die Arbeit gar nicht aufgenommen, der andere nur einen halben Tag gearbeitet. Das war ein Meister, der die Forderung unterschrieben hatte; die „Mühe“ hat er sich nun umsonst gemacht.

In Wiesbaden streiten die Zimmergefallen. Da eine ganze Anzahl Bauten soweit fertig gestellt sind bis zum Aufriechen des Dachwerks, so wird alsbald eine Anzahl Kollegen in Mitleidenhaft gezogen werden. Es ist daher notwendig, daß der Zug von Wiesbaden ferngehalten wird.

Carlverträge der Maurer in der Schweiz.

In Winterthur ist vor dem Einigungsamt folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

Vereinbarung

der Abordnungen der Meister und Gehülfen.

1. Arbeitszeit.

Die tägliche Maximalarbeitszeit ist auf zehn Stunden festgesetzt. Sie wird eingeteilt:

a) Vom 1. März bis 30. Oktober:

Vormittags von 6½ bis 12½ Uhr = 5 Stunden.

9 12

Nachmittags von 1½ bis 6½ Uhr = 5 Stunden.

b) Vom 1. November bis 28. Februar:

Die Arbeitszeit richtet sich nach der Tageslänge, soll aber im Minimum acht Stunden betragen unter Zinnehaltung der 1½stündigen Mittagspause.

Die zehnstündige Arbeitszeit darf nur in Notfällen überschritten werden. Der Materialbesug soll während der obgenannten Arbeitsstunden stattfinden; soweit dabei ausnahmsweise die regelmäßige Arbeitszeit um mehr als eine halbe Stunde überschritten wird, soll dieselbe nach den Ansätzen für Überzeit bezahlt werden.

Am Samstag ist eine Stunde früher Feierabend.

2. Arbeitslohn.

Der Lohn für gelehrte tüchtige Maurer beträgt wenigstens 33 Rappen, für kräftige Handlanger wenigstens 28 Rappen und für Pfisterbuben wenigstens 25 Rappen pro Stunde; im nächsten Jahre sind diese Ansätze je um 1 Rappen und im vierten Jahre wieder um 1 Rappen zu erhöhen. Maurerlehrlinge werden im ersten Jahre mit 25 R., im zweiten Jahre mit 28 R. und im dritten Jahre mit 33 R. für den Tag bezahlt.

Überzeitarbeit nach allgemeinem festgesetztem Feierabend wird mit 50 pSt. und Nacharbeit von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, sowie Sonntags- und Wasserarbeit mit 100 pSt. Lohnzuschlag bezahlt.

Bei vorübergehenden Reparaturarbeiten auswärts hat der Unternehmer bei einer Entfernung von über 5 km, dem Geschäft berechnet, 25 pSt. Zuschlag, sowie die Reiseflohen zu vergüten.

Die Auszahlung des Lohnes findet regelmäßig alle 14 Tage unmittelbar nach Schluß der Arbeit statt. Bei außergewöhnlichen Verhältnissen bleiben Änderungen im Auszahlungstermin dem freien Uebereinkommen zwischen Unternehmern und Arbeitern vorbehalten.

3. Haftpflicht.

Die Arbeiter sind gegen Unfallsfolgen zu versichern. Für die Versicherung darf nicht mehr als die Hälfte der Prämie vom Arbeitslohn abgezogen werden.

Bei Unfällen hat während der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit die regelmäßige vierzehntägige Auszahlung der durch die Haftpflichtversicherung bestimmten Lohnentschädigung zu erfolgen.

4. Kündigung.

Für Arbeiter, welche mit Familie hier niedergelassen sind, ist eine gegenseitige Kündigungsfrist von acht Tagen festgesetzt. Die Kündigung hat am Samstag zu erfolgen.

5. Verschiedenes.

Der 1. Mai wird als Arbeiterfeiertag anerkannt. Wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation darf kein Arbeiter gemahregelt oder schikaniert werden.

Der Glasbierhandel oder der Handel mit Naturalien durch die Maurermeister oder Poliere ist untersagt; den Arbeitern ist beim Bezug der Lebens- und Genussmittel freie Hand zu lassen.

Die zehnstündige Arbeitszeit wurde für das Maurergewerbe erst im vorigen Jahre, und zwar ebenfalls durch Vermittlung des Einigungsamtes eingeführt, nachdem wiederholte Versuche in früheren Jahren erfolglos geblieben waren.

Bemerkenswert ist die Festschließung des Minimallohnes zu derselben Zeit, da um ihn an anderen Orten die heftigsten Kämpfe geführt werden. Über vor dem Wort „Minimallohn“ hatten auch die Winterthurer Maurermeister allen Fortschritt, und darum mußte das Wort „wenigstens“ in dem Tarifvertrag Aufnahme finden. An der Sache selbst wird dadurch nichts geändert.

Etwas unangenehm ist die lange Dauer des Tarifvertrages von vier Jahren. Die italienischen Maurer wollten darauf absolut nicht eintreten, sondern nur eine einjährige Dauer zugestehen. Allein die Maurermeister wollten für diesen Fall mit dem Rückzug aller Zugeständnisse, und so mußten schließlich auch die italienischen Kollegen in den fauren Apfel beißen, um so mehr, als die Arbeiterunion ihrerseits für den Fall der Vertreibung mit Verweigerung der Unterstützung gedroht hatte. Die italienischen Maurer sind nämlich wohlorganisiert, aber sie haben nur niedrige Beiträge, die von manchen Mitgliedern wohl überhaupt nicht gezahlt werden, so daß sie nur papierne Mitglieder sind, und die Gewerkschaftsliste nur über wenige Mittel verfügt. Die deutschsprachigen Maurer, namentlich Trolzer, sind überhaupt schlecht organisiert, und unter solchen Umständen wäre ein Streik ausfallslos gewesen.

In Vevey ist der Maurerstreik ebenfalls mit dem Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Minimallohn be-

endet worden, jedoch liegen hierüber noch keine näheren Mitteilungen vor.

Der Gehalts des Tarifvertrages und des Minimallohnes liegt also trotz alledem!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das neue Statut ist nach den Beschlüssen des Verbandstages mit dem 1. Juni in Kraft getreten.

Protokoll vom achten Verbandstag und Statut in italienischer Sprache. Das Protokoll vom achten Verbandstag kommt vom 18. d. M. an zur Verlesung; der Verband kann aber vor Ende dieses Monats nicht beendet sein. — Das Statut in italienischer Sprache befindet sich im Druck; es dürfte in 14 Tagen mit der Verlesung begonnen werden können.

Höheres Eintrittsgeld. Laut Statut haben Kollegen, die dem Verband wiederholt beitreten, ein höheres Eintrittsgeld zu zahlen, und zwar im ersten Falle M. 1,50 und in weiteren Fällen M. 3. Die zur Quittierung dieser Eintrittsgelder erforderlichen Marken sind fertiggestellt; die Verlesung erfolgt nur auf vorherige Bestellung.

Quittung der Beiträge, welche infolge Krankheit erwerbsunfähige Mitglieder, soweit dieselben noch nicht unterstützungsberechtigt sind, laut § 19 a des Statuts zu leisten haben. Zur Quittierung dieses Beitrages sind in diesem Jahre die Marken für Arbeitslose zu verwenden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 4. bis 10. Juni für nachfolgende Mitglieder erteilt worden:

Paul Grant-Vergen a. R., Verbands-Nr. 53 272; Anton Blum-Mainz, 40 826; Chr. Göttsche-Garburg, 76 969; Ernst Richter-Lindenwalde (Frau), 85 126; Georg Göllich-Gaffel, 221 446; Heinrich Meier-Gaffel (Frau), 119 842; Julius Müller-Gaffel (Frau), 119 967; Paul Steinberg-Barin, 106 254; Aug. Heib-Bremen (Frau), 13 885; Ludw. Scher-Grünfurt a. M. (Frau), 21 849; Karl Eilger-Breslau (Frau), 16 723; Eduard Schulze-Grünfurt a. d. O., 69 023; Feinr. Heide-Verlin (Frau), 1030; Feinr. Schallmeyer-Bahn, 170 016; Emil Hübler-Goswig (Frau), 117 819; Herm. Vogt-Grimmshausen (Frau), 140 183; Karl Kemmer-Dormund (Frau), 118 951; Jos. Greißel-Schliersee, 228 681.

Geldbewandungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg, Brennerstr. 11, 1. Et., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 6. bis 10. Juni sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Mannheim-Ludwigshafen M. 3000, Karlsruhe und Umgeg. 1000, Huthorst-Bred 800, Lützow 600, Altenburg 600, Oldenburg i. Gr. 400, Glanbach-Gefan 380, Schwerin i. Meckl. 350, Döbeln 200, Caputh 100, Weida von hingerandter Streitunterstützung zurückgefordert 66,53, Waren 50, Püttig 34,16, Nürnberg-Gürtel 800, Graubenz 750, Helmstedt 212,24, Thron 200, Orlburg 113,12, Königswulterhausen 100, Galtstein i. Boigt. 100, Pieshofen 100, Alstedt i. Thür. 56,72, Gesehadt 31,82, Mosla a. Harz 24, Galle a. d. S. 1100, Gelsenkirchen 750, Münster i. W. 600, Erfurt und Umgeg. 370, Bromberg 800, Sangerhausen 223,12, Mendeburg 200, Naumburg a. d. S. 200, Coburg 100, Aitern i. Thür. 50, Misdroy 50, Wiere 48,44, Wyda a. Föhr 32, Hensburg 140, Coswig i. Anh. 100, Deutsch Eylau 100, Helsenheim 100, Hannover (Pugler) 84, Debitseide 60, Brud 5. München 63, Köln und Umgeg. 2400, Danzig 1200, Stuttgart 700, Dessau 400, Neumünster 224,30, Gernsörbe 100, Gernsleben 66,08, Renssen 85.

b) Für Kalender.

Herrford M. 5.

c) Für Futterale.

Galle a. d. S. 10, Braunschweig 10, Kellinghusen 2.

d) Für den Bericht der Bauarbeiter-Kommission.

Pieshausen 75 A.

e) Für Einbanddecken.

Galle a. d. S. M. 3.

Verichtigung.

Statt der in Nr. 23 unter Gr.-Krenz für die Hauptkasse unter Bericht der Bauarbeiter-Kommission quitierten M. 580,75 muß richtig heißen: Leh n in M. 580,75.

Marken-Verband. Vom 29. Mai bis 10. Juni sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Soltpotagemarken, L = Solafondsmarken):

Amstam 1200 B + 40 A. Alstedt 50 E + 50. Alzen 200 B + 35. Arnswalde 400 B + 30. Alsteden 400 B + 30, 40 E + 50, 400 B + 40. Angerburg 10 E + 50. Ansbach 30 E + 50.

Bayreuth 1200 B + 35 A, 50 E + 50. Barmstedt 100 B + 50. Braunsberg 10 E + 50. Bromberg 20 E + 150, 10 E + 300. Belgig 600 B + 30, 10 E + 50. Belgern 200 B + 30. Burglauer 100 B + 30. Nordbber 25 A + 25. Burgdorf 10 E + 150, 5 E + 300. Berchtesgaden 600 B + 30. Blumenhof 5 E + 150. Breslau 200 E + 50. Breilungen 400 B

verband find. Die Arbeiter haben ferner Stellung zu nehmen, ob sie weiter es dulden wollen, daß die Unternehmer Arbeiter zur Scheitelle erzwingen. Hier muß eine Sache gemacht werden. Lieber in Ehren unterliegen, wenn der Sieg nicht an die Fahne geknüpft werden kann. Es müßte Listen angefertigt werden, damit Massenunterschriften gesammelt werden können, wo die Arbeiter ihren Austritt aus dem Streikbrecherverbande erklären. Dieses Verfahren würde geeignet sein, die ganze Situation zu beleben. Entweder für oder wider den Streikbrecherverband! Das muß die Karole sein. Das Band der Einigkeit, der Solidarität muß immer fester gelegt werden, dann werden die Arbeiter das Recht auf ihrer Seite haben und auch triumphieren über den Terrorismus der Arbeitgeber. (Beifall.) Die Diskussion gestaltet sich äußerst lebhaft. Kleist, von der lokalen Richtung, meint, der Referent habe die Lokalorganisationen mit denen im Streikbrecherverband in einen Topf geworfen; dagegen müßte er protestieren. In seinem Schlußwort betont Kleist, daß er verpönt sei, alles vorzubringen, was zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geschehen könne, und es sei bedauerlich, daß die Lokalorganisationen nicht immer an dem Formalismus festhalten. Das müßte er ausprechen. Redner empfiehlt dann folgende Resolution: „Die heute tagende Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Königsbergs spricht gegenüber dem Verhalten der Unternehmerorganisation, welche den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Streikbrechervereinigung aufzwingt, ihre tiefste Entrüstung aus. Dieser Zwang einer nicht zu billigen Vereinigung beitreten zu müssen, empfindet die Versammlung als Terrorismus schlimmster Art. Um sich jedoch dagegen zu wehren, hält die Versammlung einen Massenaustritt aus dieser Vereinigung für erforderlich, und es werden die Leitungen der einzelnen Berufsverbände und des Lokalkomitees beauftragt, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Sollte es infolge des Austritts der Arbeiter und infolge rücksichtslosen Verhaltens der Unternehmer zum offenen Kampfe kommen, dann lehnt die Arbeiterklasse die Verantwortung für kommende Dinge ab und sämtliche Anwesende versprechen, den Kampf zu führen, wie es der Arbeiterklasse würdig ist.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß Kollege Krieke die impulsive Versammlung kurz vor 10 Uhr.

Leipzig. Die hiesigen Maurer beschäftigten sich am 20. Mai in einer öffentlichen Versammlung im Volkshaus mit der Lohnbewegung der Bauhilfsarbeiter. Kollege Bertsch gab in kurzen Zügen einen Überblick über die Dauer der Lohnbewegung. Er führte aus, schon im vorigen Jahre bei der Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer hätten die Bauhilfsarbeiter an den Bauarbeiterverband berechtigten Forderungen gestellt. Aber ein kleiner Vorgang in der Bewegung der Bauhilfsarbeiter war den Herren Unternehmern Anlaß genug, die Forderungen abzulehnen. Im aber die Lohnbewegung in diesem Jahre durchzuführen, verhängen die Bauhilfsarbeiter über verschiedene Bauten die Sperre. Diese Sperren hatten zur Folge, daß die Forderung mit einer Ausperrung drohte, schließlich aber zu Unterhandlungen gezwungen war. Durch diese Sperren wurden aber auch von uns circa 450 Kollegen in Mitleidenchaft gezogen. In dieser Bewegung sei aber auch das Verhalten der Polizei zu beruhen, indem sie sich nicht scheuten, Streikbrecherdienste zu leisten. In der nachfolgenden Debatte wurde von mehreren Kollegen eine Unterstützung vom ersten Tage ab gewünscht. Ein diesbezüglicher Antrag, Unterstützung vom ersten Tage ab aus Lokalmitteln zu zahlen, wurde, nachdem er von der Verwaltung bekämpft, abgelehnt. Zuletzt wurde von der Verwaltung noch mitgeteilt, daß über 1570 Kollegen den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben.

Müncheberg i. d. Mark. Am 4. Juni hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Von 56 Kollegen waren 15 anwesend. Es war wiederum einmal zu sehen, wie groß das Interesse ist, das die Müncheberger Kollegen an der Organisation haben. Es wurde über das Mitglied Wilhelm Schmidt verhandelt. Der Kollege soll in Berlin als Affordmaler gearbeitet haben. Es kam zu einer regen Diskussion, in der beantragt wurde, Schmidt auszuscheiden. Schmidt befreit, in Afford gearbeitet zu haben, er gibt aber zu, auf einem Affordbau gewesen zu sein, will aber nur Tagelohn bekommen haben, und zwar 80 % pro Stunde. Ferner behauptet Schmidt, am 1. Mai der Feier in Berlin beigewohnt zu haben. Schmidt soll sich dies vom Bauvorstand beschneigen lassen.

Obernau. Am 6. Juni fand in Obernau im Gasthof „Deutsches Haus“ eine Bauarbeiterversammlung statt. Genosse Zimmerer Rauen-Weipzig referierte über das Thema: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe“. Der Referent ging von der Tatsache aus, daß das Bauen in früheren Zeiten den Zweck hatte, den Menschen Unterflurräume zu schaffen, heute allerdings liegt das Baugewerbe in kapitalistischen Händen und diene nur dazu, den Bauunternehmern große Reichtümer zu verschaffen. Weiter beklagte er die Löhne der ergebungsreichen Bauarbeiter, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem großen Gewinn, den die Bauunternehmer einstecken. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß er allen Anwesenden empfahl, wenn es im Ergebnisse besser werden solle, dem Beispiel ihrer übrigen Berufs Kollegen zu folgen und sich ebenfalls zu organisieren. In der Diskussion sprach als erster Redner Kollege Schmidt-Gemüth. Er ergänzte das Referat noch in einigen Punkten und führte den Bauarbeitern von Obernau deutlich vor Augen, daß sie sehr wohl einen höheren Lohn beanspruchen könnten, daß aber mit der Erhöhung des Lohnes gleichzeitig eine Verringerung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen müsse. Eine verhängnisvolle Arbeitszeit sei für die Bauarbeiter von Obernau um so notwendiger, da der größte Teil derselben von und zur Arbeitsstätte mitunter einen Weg von einer Stunde und noch mehr zurücklegen müßten, und dadurch, alles in allem gerechnet, die Zeit auf 16 bis 17 Stunden steige, während der ein Arbeiter täglich auf den Weinen sein müsse. Daraus sei zu ersehen, daß die meisten Arbeiter eine viel zu kurze Ruhezeit haben; von Erholung könne erst recht gar keine Rede sein. Kollege Schmidt forderte

die Anwesenden ebenfalls auf, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, wenn sie sich ein besseres Los erringen wollen. Am Schluß forderte er diejenigen, die schon Mitglieder sind, auf, ihre Verbandszeitung aufmerksam zu lesen, und in die nächste Versammlung alle die mitzubringen, welche heute noch nicht anwesend seien. Sodann sprach Genosse Reichel-Obernau noch einige Worte von den Organisationen der Unternehmer und ermahnte die Anwesenden, ebenfalls diesem Beispiel zu folgen. Hierauf wurden je eine Zahlstelle der Maurer und Zimmerer gegründet; die erstere hat erfreulicherweise 57 Mitglieder aufzuweisen. Wir können mit Freuden konstatieren, daß unsere Organisation nun auch in dem oberen sächsischen Erzgebirge festen Fuß faßt. Unsere neuen Mitglieder rufen wir aber zu: Sehet dafür, daß die nächste Versammlung noch besser besucht wird, und in kurzer Zeit auch der letzte Maurer von Obernau der Organisation beigetreten wird, damit unsere junge Zahlstelle kräftig emporschneide und zum Segen für die Kollegen wirken kann.

Benig. Sonntag, den 4. Juni, fand im Gasthause zu Dittmannsdorf bei Benig eine öffentliche Maurerverversammlung statt, in der Kollege Koch aus Leipzig über die Lohnbewegung der Maurer Deutschlands einen Vortrag hielt. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde das Verhalten der hiesigen Unternehmer zu den von den Gesellen gestellten Forderungen einer Besprechung unterzogen. Im März war den Unternehmern die Forderung der Gesellen ausgestellt und bis zum 1. April Antwort erbeten worden. Die Unternehmer hätten sich aber in Schweigen und liegen nur durch Anschlag auf den Bauten bekannt geben, daß die Arbeitszeit wie bisher 11 Stunden (gefordert werden 10 Stunden) und der Gehalt 34 % (gefordert werden 33 % Minimallohn) betragen solle. Dieser Wille der Unternehmer erregte natürlich den höchsten Unwillen der Gesellen. Es wurde beschlossen, eine Statistik über die Zahl der Bauten und die darauf beschäftigten Gesellen aufzunehmen, um einen Überblick über die Verhältnisse zu gewinnen. Den organisierten Kollegen wurde es zur heiligsten Pflicht gemacht, die säumigen und zureichenden Maurer der Organisation zuzuführen, damit die Forderungen bei günstiger Gelegenheit durchgebracht werden können.

Plauen i. Vogtl. Am 6. Juni fand hier eine öffentliche Maurerverversammlung statt, die von mehr als 500 Kollegen besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Maurer Plauens zu einer Lohnforderung und zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit?“ ging Kollege Schirach auf den Streit von 1903 ein und wies dabei nach, daß dieser Streit wohl gewonnen worden wäre, wenn nur die Kollegen etwas mehr Mut und Ausdauer besäßen hätten. Er wies ferner nach, daß zur Zeit die Bautätigkeit noch ebenso gut sei wie 1903, daß aber die Unternehmer bis jetzt auch nicht 1 % mehr Lohn bewilligt hätten, sondern daß sie den Durchschnittslohn um 3 % pro Stunde gekürzt hätten. Dies dürften sich aber die Kollegen unter keinen Umständen gefallen lassen, sondern man müsse endlich einmal dazu kommen, unsere alten Forderungen von 45 % Stundenlohn und zehnstündiger Arbeitszeit durchzuführen. Dazu gehöre aber vor allem, daß die Kollegen mehr Interesse für die Versammlungen zeigen und die Agitation auf den Bauten nachhaltiger betreiben. Nachdem noch einige Kollegen im Sinne des Redners gesprochen hatten, ergriff Kollege Jacob das Wort und ging in längeren Ausführungen auf die Bewegung in Plauen ein. Er wies nach, daß bereits bei dem ersten Streik 1895 der zehnstündige Tag geordert wurde, daß aber dieser Streik verloren ging, weil die ausländischen Maurer sich nicht scheuten, Streikbrecher zu werden. Ebenso war es ja 1903. Als die Unternehmer drohten, die Ausländer, die nicht sofort anfangen zu arbeiten, auszusperren, da ergriffen sie in großen Massen das Gasenpanier. Wir müssen aber, so führte Redner weiter aus, auch von den ausländischen Maurern verlangen, daß auch sie endlich einmal Hand ans Werk legen und für den Ausbau der Organisation arbeiten, damit sie nicht nur immer die gewonnenen Vorteile mit einstecken, sich aber um weiter nichts kümmern. Und gerade in Plauen, wo die böhmischen Maurer in der großen Mehrzahl sind, müßten sie dafür Sorge tragen, daß auch hier bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen würden. Weiter verglich er die Löhne in Leipzig mit denen in Plauen und bewies dabei, daß in Leipzig die Löhne in den letzten 10 Jahren um 15 % gestiegen sind, während dies in Plauen nur um 4 % geschehen ist, trotzdem seien Miete und Steuern sowie Lebensmittelpreise auch nicht höher als in Plauen. Redner referierte seine Ausführungen dahin, daß überall da, wo starke Organisationen bestehen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gute seien; deshalb müsse man auch in Plauen sofort daran gehen, die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Bei der Beifall lobte die Ausführungen des Redners. Im weiteren Verlaufe der Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die am 6. Juni tagende öffentliche Maurerverversammlung beauftragt die Lohnkommission, an die Unternehmer folgende Forderungen zu stellen: 1. Die Arbeitszeit soll den 11 auf 10 Stunden herabgesetzt werden. 2. Der Stundenlohn soll auf 45 % erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Unternehmer ersucht werden, uns bis 15. Juni Antwort zukommen zu lassen.“ Im weiteren wurden die Kollegen ersucht, unter keinen Umständen Affordverträge abzuschließen, weil gerade dadurch die meisten Streitigkeiten unter den Kollegen vorkommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Schirach, worin er die Kollegen ersuchte, von nun an aber mit verdoppelter Kraft für unsere Sache zu arbeiten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen.

Potsdam. Dienstag, den 6. Juni, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab, die sich hauptsächlich mit der Affordfrage beschäftigte. — Wieder aufgenommen wurden die Kollegen Emil Hammer und Hermann Meyer. Bei beiden wurde zum ersten Male die neue Bestimmung des Statuts über die Frauen angewandt; G. hat A. 12, W. A. 6 zu zahlen. — Infolge der Mitgliedsbesetzung des ersten und zweiten Vorstehenden entspann sich eine längere Debatte, die auf die unzureich-

lichen Ursachen dieser Demission einging und sie auf die leidige Affordfrage zurückführte. Kollege Reubach erklärte an die beiden Vorstandsmitglieder Widardt und Stübchen die Aufforderung, ihr Amt weiter zu verwahren, denn einmal seien ja die unzufriedenen Differenzen mit einzelnen Kollegen über die Affordarbeit beigelegt resp. aufgehoben, zum anderen könne sich der Zweigverein wohl seinen besseren Vorstand als den bisherigen wünschen. Kollege Widardt gab ebenfalls seinem Bedauern über den durch die angeführte Untersuchung des Fahrens einzelner Kollegen im Tagelohn oder Afford hervorgerufenen Zwischenfall lebhaften Ausdruck. Es werde aber kein günstiges Licht auf den hiesigen Zweigverein, wenn dessen Vorstehende mitten in ihrer Amtszeit zurücktreten, das würde demütigend nach innen und außen. In seinen weiteren Ausführungen zog der Redner einen Vergleich zwischen den früheren und den jetzigen Verhältnissen der örtlichen Organisation, die jetzt bedeutend besser dasthe als früher. Gabe sich die Mitgliederzahl erfreulicherweise auch sehr vermehrt und sich damit allerdings auch die Verwaltungsarbeiten schwieriger gestaltet, so verweise er die beiden Vorstandskollegen doch auf die schweren Zeiten der vergangenen Jahre, die keineswegs geringere Anforderungen an das Pflichtgefühl und den kollegialen Eifer der damaligen leitenden Kollegen gestellt hätten als jetzt. Kollege Reubach wies die einen älteren Kollegen gemachten Vorhaltungen über ihr früheres Verhalten zur Affordarbeit zurück. Ebenso klarte der Vorstehende die Sachlage auf, wie er sich auch bereit erklärte, die Gesetze weiter zu führen. Er hoffe aber, daß ihm die seitens einzelner Kollegen nicht unnötig erschwerte werde und bitte um die Unterstützung und Mitarbeit aller Kollegen. — Hierauf erhielt das Wort Kollege Köbe zur Begründung des Antrages auf Aufhebung des Verbots der Affordarbeit. Der vor zwei Jahren gefasste Beschluß des Zweigvereins, durch den das Affordsystem, speziell das der Fugur, verboten worden sei, habe dem Verein fortwährende Schwierigkeiten verursacht und mit zu der Vorstandsliste beigetragen. Es sei für den Vorstand sehr schwer, bei dem jetzt üblichen Verhältnis der Fugur einwandfrei festzustellen, ob die Retreffenden im Tagelohn oder Afford arbeiteten. Und solange keine allgemeine Regelung der Affordfrage eintreffe, solle man in einem Ort nicht verbieten, was in dem andern erlaubt sei, um so weniger, als gerade Potsdam fortwährend mit Berlin in Verbindung stehe. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig. Redner ersuchte daher die Versammlung, dem Antrage zuzustimmen, bis der nächste Verbandstag zur Frage der Affordarbeit endgültig Stellung genommen haben werde. In ausführlicher Weise antwortete dem Antragsteller der Kollege Silberchmidt-Berlin, indem er auf die Entstehung des Affordsystems, besonders in den Großstädten, wie Berlin usw., einging und ihre Entwicklung schilderte. In Berlin sei die Bildung besonderer Affordpufferkolonnen hauptsächlich auf die baupolizeiliche Anweisung zurückzuführen. Der Redner wies dann auf die ungesunden Begleiterscheinungen der Affordarbeit hin und warnte die Kollegen vor den sich daraus entziehenden Konsequenzen, die sich oft genug zum Schaden des Solidaritätsgefühls bemerkbar machten. Man solle die großstädtischen Verhältnisse, die auch er beklage, nicht auf die Provinz übertragen. Keineswegs aber habe der Verbandstag die Regelung der Affordfrage aus Rücksicht auf die Großstädte, wie Berlin u., vertagt. Eine ganze Reihe anderer Städte, namentlich in Mittel- und Süddeutschland, haben ebenfalls noch mit der Affordarbeit zu rechnen. Der Verbandsvorstand werde bis zum nächsten Verbandstag das nötige Material sammeln, um eine bestimmte Unterlage für diese wichtige Frage zu beschaffen. Bis dahin müßten die Kollegen überall dafür sorgen, daß die schädlichen Wirkungen des Affordsystems erkannt und die Notwendigkeit seiner Beseitigung begriffen würde. Die Freigabe der Affordarbeit würde sowohl für Potsdam wie auch allgemein einen Rückschritt bedeuten, nicht bloß in wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch sozialpolitisch. Die jetzt unangenehm bestehenden Verhältnisse würden sich bei Aufhebung des Verbots gegen die Affordarbeit eher vermehren als vermindern. Der Verband sei stark genug, seinen Beschlüssen Achtung zu verschaffen. Wer sich der notwendigen Ordnung und Disziplin nicht fügen wolle, für den sei eben kein Platz im Verbande, und der Zweigverein müsse solche Mitglieder, die fortgesetzt seine Beschlüsse mißachteten, ausschließen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Affordverbots. Die Affordarbeit ist also auch ferner in Potsdam verboten. In Konsequenz davon wurden zwei Kollegen aus dem Verbandsausgelschlossen. Nachdem noch vom Vorstände ein Zirkular der Berliner Section der Fugur, betreffend das Verbot der Affordabmachung mit den Auftragsgebern, bekannt gemacht und auf die Bestimmungen der Polizeiverordnung, betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten, hingewiesen worden war, erfolgte gegen 11 Uhr Schluß der gut besuchten und gut verlaufenen Versammlung. — Als sich der Wunsch des Vorstandes, dem sich der Kollege Silberchmidt in warmen Worten angeschlossen, erfüllten, und der Zweigverein Potsdam sich nunmehr wieder in alter Einigkeit und neuer Kraft den großen Aufgaben des Verbandes widmen und wie bisher mühen, das Ziel der wirtschaftlichen Besserung und politischen Freiheit der Arbeiterklasse zu erreichen.

Gau Stettin. Terrorismus wird von den freien Gewerkschaften geübt, ließ man so oft in den Provinzialblättern. Es ist aber hier so wie bei den Spitzbuben, der am lautesten rief: „Haltet den Dieb!“ Die lautesten Schreier sind die ärgsten Übeltäter. Raum hatte sich in Jägersburg ein, einem kleinen pommerischen Städtchen mit 1804 Einwohnern, ein Zweigverein unserer Organisation gebildet, so hält auch schon der „Hauptmann“ des Kriegerevereins — jenes Reichens Mühlentöchter — unseren Kollegen eine Standpaule. Auf eine echt pommerische Antwort hat er die Entschuldigung: „Die Behörde hat es mir zugezählt.“ Um die übrigen kümmert sich der Bürgermeister selbst. Ist da eine Witwe, deren Sohn infolge Reklamation vom Militärdienst befreit wurde. Dieser schloß sich — wie es für Maurer r-ist anders sein kann — unserer Organisation an. Er übernahm sogar den Vorstoß. In ihrem Erwerb ist die Frau von der Stadt abhängig. Sie wurde

Bei der Aufnahme von Mitgliedern aus anderen Organisationen gilt der Grundsatz, daß diese nur aufgenommen werden, wenn sie ihre Abrechnung aus der früheren Organisation vollzogen und ihre Beiträge bezahlt haben.

Diese Resolution wurde von Reichel, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, wie folgt begründet: Wollte man alle ungelerten Arbeiter in einen besonderen Verband zusammenfassen, so würde das bei der großen Zahl Ungelehrter, die heute überall tätig sind, ein tatsächlicher Fehler sein, wir würden dadurch an der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehindert, eine einheitliche Aktion wäre dann oft unmöglich, wir betrachten auch die ungelerten als unsere Kollegen, wir wollen keine Arbeiteraristokratie, wie man sie in England zu haben wünscht. Wir haben in der Metallbranche Betriebe, wo 32 Organisationen in Frage kommen. Bei Lohnbewegungen diesen Apparat in Aktion zu setzen, ist fast unmöglich. Wir sind nahezu so weit, daß sich ein neuer Industrieverband gründet: der Fabrikarbeiterverband, der einfach alles aufnimmt, was irgendwie zu ihm paßt. Diese Agitationsweise des Fabrikarbeiterverbandes ist uns in der Agitation und in der Durchsetzung unserer Forderungen sehr hinderlich. In einem Betriebe im Werkzeugbau, wo es sich nur um allgemeine Arbeiter handeln kann, hat der Transportarbeiterverband von 27 Arbeitern nicht weniger als 14 bei sich aufgenommen. Unsere Resolution ist geeignet, die Frage der Grenzstreitigkeiten endgültig zu regeln. Wenn sie auch in den Wirkungskreis einzelner Gewerkschaften eingreift, so darf das doch kein Hindernis ihrer Annahme sein. Wir verlangen gewiß nicht, daß die Schmiede von heute auf morgen im Metallarbeiterverbande aufgehen — wir wissen, daß, wer einmal in eine Sache verliert, sich nicht so leicht von ihr trennt, und die Schmiede sind nun einmal in die Branchenorganisation verflochten. Aber wir wünschen, daß der Gewerkschafts Kongreß prinzipiell dazu Stellung nimmt, daß die Arbeiter, die in großen Industrien bei der Herstellung eines Produktes organisch zusammenarbeiten, in einer Organisation vereinigt werden.

Das für und wider entwickelte sich sehr lebhaft. Schumann, Vorsitzender des Handels- und Transportarbeiterverbandes, führte aus: Unser Verband hat mehr als anderthalb Jahre mit Grenzstreitigkeiten zu tun, weil verschiedene Verbände, nachdem sie sahen, daß die gütliche, bliebenen Auslöser zu schließlich auch für die Organisation zu bekommen seien, diese für sich in Anspruch nahmen. Alle Ausreden haben zu keiner Verständigung geführt, weil jeder auf seinem Standpunkt bestand. So wollten die Brauer sogar die Eckerfütterer und die in Wien niedrigen oder ungewissenhaft in Handelsgeheimnissen beschäftigt für sich in Anspruch nehmen. Das geht zu weit. Ich gebe zu, daß auch auf unserer Seite im Benehmen gefündigt worden ist, aber das liegt in der Natur der Sache. Es muß eben hier ein fester Wille geschaffen werden, daß auch die Arbeiter der Verteilung und des Transports das Recht haben, sich in einer einheitlichen Organisation zusammen zu schließen. Es darf nicht so weiter gehen, daß die Wälder z. B. behaupten, die Kautschuk seien ihre Hilfsarbeiter. Hilft denn der Auslöser Brot backen? Nein, es ist ein Berufsarbeiter des Transportwesens, der zufällig Brot färbt.

Gaaf-Dresden (Metallarbeiter) erbrachte für den unlauteren Wettbewerb des Fabrikarbeiterverbandes folgenden Beweis: In der Eisen- und Gußstahlfabrik Döhlen sind 1108 Arbeiter beschäftigt und 1873 organisiert. Der Verband der Fabrikarbeiter hat es verstanden, mit Hilfe seiner niedrigen Beiträge 507 von den dortigen Arbeitern zu organisieren. Der Metallarbeiterverband hat trotz der lebhaftesten Agitation nur 110 Mitglieder dort gewinnen können. Der Schmiedeverband hat auch nur ganz wenige Mitglieder dort. Da sind also nicht nur ungelerte Arbeiter in den Fabrikarbeiterverband übergeführt, sondern auch viele gelernte Arbeiter. Von 73 organisierten Fabrikarbeitern sind 45 im Fabrikarbeiterverband organisiert, im Metallarbeiterverband dagegen nur 28.

Von anderer Seite wurde festgestellt, daß sich auch der Metallarbeiterverband Übergriffe erlaube, z. B. nehme er Dachbeder auf, und zwar aus dem Grunde, weil in dem Betriebe auch Klempner beschäftigt würden. In scharfer Weise sprachen sich die Vertreter der Schmiede und der Böttcher gegen die Resolution der Metallarbeiter aus.

Rach Schluß der Diskussion machte Bömelburg als Vorsitzender des Kongresses folgenden Vorschlag: Ich nehme nicht an, daß durch die Resolution an der Sache irgend etwas geändert wird. Ich glaube sogar, daß, wenn die Meinungen auseinandergehen und die Resolution mit einer kleinen Majorität angenommen oder abgelehnt wird, der Streit erst recht da ist. Deshalb würde ich empfehlen, daß wir darüber abstimmen, ob die Resolution aufgeschoben werden soll. Beschließt der Kongreß die Aufhebung, dann ist es möglich, die Sache an die Vorstände und die Generalkommission zu überweisen; diese werden dann in der nächsten Sitzung ein Protokoll machen, und der nächste Kongreß muß sich dann eingehend mit der Frage beschäftigen. (Zustimmung.)

Entsprechend dem Vorschlage von Bömelburg hebt der Kongreß mit großer Majorität die Resolution auf und beauftragt die Generalkommission in Verbindung mit den Zentralvorständen, bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß ein Protokoll zu schaffen. Bis zu dieser Entscheidung bleibt die Resolution Wuffe in Kraft.

Nach einer weiteren Anregung Bömelburgs wird beschlossen, daß die Frage der Grenzstreitigkeiten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gesetzt werden soll.

Generalversammlungen

Hielten in den Monaten April und Mai eine Reihe Verbände ab. Vom 23. bis 27. April tagte in Jena die Generalversammlung des Verbandes der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen; es waren 68 Delegierte aus 48 Abteilungen anwesend.

Der Bericht des Vorstandes teilt mit, daß die Glasindustrie in den letzten zwei Jahren im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stand, die auch der Organisation der Glasarbeiter harte Prüfungen auferlegte. Die Ver-

tragsverhöhung, die die vorige Generalversammlung in Dresden beschloß, brachte eine Mitgliederzunahme im dritten Quartal 1903 (von 8144 auf 4553), der erst im vierten Quartal 1904 wieder ausgeglichen werden konnte. Die Mitgliederzahl (nach voll bezahlten Beiträgen berechnet) betrug ultimo 1904 6302; die wirtliche Mitgliederzahl ist auf 7562 und ihre Zunahme in der zweijährigen Geschäftsperiode auf 1178 zu schätzen.

Der Verband hat viel unter Schikanen der Behörden zu leiden, auch seitens einzelner Fabrikanten wird der Verband mit zum Teil recht unfairen Mitteln belästigt.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Gesamteinnahme für 1903 und 1904 von M 210 889,55 und eine Gesamtausgabe von M 148 435,14; das Verbandsvermögen beläuft sich auf M 25 720,27. Unter den Ausgabeüberschüssen sind erwähnenswert: für Arbeitslosenunterstützung M 37 474,45; für Bibliotheken M 1820,54; für außerordentliche und Umzugsunterstützung M 8905,12; für das Fachorgan M 14 796,70; für Verwaltungskosten M 11 473,12; für Streikunterstützung im eigenen Beruf M 56 714,02; für andere Gewerkschaften M 4500.

Streiks fanden in den Jahren 1903/04 in Dresden und Berlin, Rürth, Wolftraufhausen, Senftenberg und Oster, Ausperrungen in Solzminnen und Rürth statt. Ein allgemeiner Streik in Rürth wurde durch die verständliche Zusage der Rürther Kollegen vermieden und die Lohnreduktion zurückgezogen. Die Streiks in Berlin und Dresden gingen verloren.

Die Glasarbeiter haben sehr unter der Sonntagsarbeit zu leiden; die Generalversammlung beschloß, sich mit dieser Frage, man will durch Statistiken den Umfang der Sonntagsarbeit feststellen und durch lebhafteste Propaganda die Reichsregierung zu gesetzgeberischen Maßnahmen veranlassen.

In bezug auf die Lohnbewegungen wurde dem Vorstand ein größeres Mißbehagensgefühl eingebracht. Außer der Statutenberatung bot die Frage des Fachorgans Anlaß zu längeren Debatten. Die Regelung dieses Punktes soll der nächsten Generalversammlung vorbehalten bleiben. Das Gehalt des Vorstehenden wurde auf M 2400, das des neu angestellten Kassierers auf M 2000 bemessen. In nächster Zeit sollen zwei Kassierer angestellt werden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin.

Am dieselbe Zeit tagte die zwölfte Generalversammlung des Verbandes der Arbeiter in Dresden, die von 23 Delegierten und den Vertretern des Vorstandes u. s. w. besucht war. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1904 5473 Mitglieder. Der Bericht gibt an, daß noch circa 33 000 Verbandsangehörige der Organisation fernblieben. Auch dieser Verband will die Einrichtung der Gasseiter einführen; zunächst soll das für Hessen und Rheinland geschehen. Der Kassenbericht umfaßt vier Jahre. In dieser Zeit betrug die Gesamteinnahme M 838 489,52, die Ausgabe M 258 073,77. Das Vermögen des Verbandes beträgt M 20 415,75. Die Ausgaben verteilten sich zum größten Teile auf die verschiedenen Posten für Unterstützungen; für Streiks und Gemeinnützigkeit wurden rund M 33 000 ausgegeben. Der Verband war an 33 Lohnbewegungen beteiligt; hiervon kam es bei 20 zu Streiks, während sich die übrigen ohne Streik erledigten. Von den Streiks wurden 14 gewonnen, 6 verloren.

Bemerkenswert ist insbesondere, daß an dieser Generalversammlung ein Vertreter des Schuhmacherverbandes teilnahm, mit dem über eine eventuelle Verschmelzung der beiden Verbände verhandelt wurde. Ein endgültiges Resultat wurde jedoch noch nicht erzielt. Die weiteren Verhandlungen der Generalversammlung beschäftigten sich mit dem Unterstützungswesen. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin, der Ausschuss in Hamburg.

Die Handels- und Transportarbeiter tagten vom 9. bis 14. Mai in Frankfurt a. Main. Es nahmen 64 Delegierte an der Tagung teil. Außerdem waren Vertreter anwesend von den Verbänden der Eisenbahner, Seefahrer, Hafenarbeiter, Lagerhalter, Handlungsgehilfen und der österreichischen Transportarbeiter. Der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine, der wohl besonders Interesse für die Verhandlungen haben mußte, hatte sich wegen Ueberbürdung mit anderen Geschäften entschuldigt.

Der gedruckte vorliegende Bericht des Vorstandes, der eine reiche Fülle wertvoller statistischen Materials enthält, konstatiert eine Periode emsiger und erfolgreicher Organisationsarbeit. Vor zwei Jahren zählte der Verband 20 912 Mitglieder, auf dieser Generalversammlung sind es 40 405; die Mitgliederzahl hat sich also nahezu verdoppelt. Die Generalversammlung hat sich vorzüglich bewährt. Als „unangenehmes Kapitel“ bezeichnet der Bericht die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband der Konsumvereine Deutschlands.

Der Verband war in der Vorzeitzeit an 136 Lohnbewegungen beteiligt, bei denen es in 79 Fällen zum Streik kam. Es sind in vielen Fällen vorteilhafte Verträge abgeschlossen worden. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von M 153 600. — Im übrigen weist der Kassenbericht eine Gesamteinnahme von M 661 502,68 und eine Ausgabe von M 668 983,86 auf. Das Vermögen betrug M 103 537,95. Die Generalversammlung beschäftigte sich ziemlich eingehend mit den Grenzstreitigkeiten, die sich bei der Natur des Berufs ja kaum so schnell beseitigen lassen. Ueber die Zäsur bei Lohnbewegungen verhandelte man in nichtöffentlicher Sitzung. Einen breiten Raum nahmen die Debatten über die Tarifverhandlungen mit den Konsum- und Produktions-Gesellschaften ein; diese Debatten gipfelten oft schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Genossenschaften. Die immer wieder auftauchenden Pläne auf Verschmelzung mit anderen Verbänden werden mit dem Hinweis erledigt, daß die Verhältnisse noch nicht so weit gebiegen seien, um die Frage jetzt schon zu entscheiden. Bei der Statutenberatung werden die Vorschläge des Vorstandes mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Danach werden die Beiträge nach Lohnklassen gestaffelt. Die verschiedenen Unterstützungs-einrichtungen werden ergänzt. Neu geschaffen wird die Kranken- und Sterbeunterstützung. Diese Generalversammlung wird zweifellos gute Wirkungen für die Organisation haben.

Vom 17. bis 20. April tagte der Verband der Seefahrer in Hamburg. Dem gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder von 7440 zu Anfang 1903 auf 7233 zu Anfang 1905 gefallen, die Anzahl der zahlenden Mitglieder im selben Zeitraum von 2621 auf 3211 gestiegen ist. Dieser ungeheure Unterschied zwischen eingeschriebenen und zahlenden Mitgliedern beruht auf den eigenartigen Arbeitsverhältnissen der Seefahrer, die öfters jahrelang vom Heimatort fernbleiben. Da in Deutschland etwa 32 000 organisationsfähige Seefahrer vorhanden sind, beträgt die Zahl der zahlenden Mitglieder etwa 10 pSt.

Das Verbandsvermögen ist in der Hauptkategorie von M 42 643 auf M 59 453, in den Mitgliedschaften von M 22 299 auf M 85 438 gestiegen.

Die Einnahmen der Mitgliedschaften beliefen sich 1903 auf M 47 307,23, 1904 auf M 47 239,85; die Ausgaben auf M 37 275,51 bezw. M 40 908,47; die Einnahmen der Hauptkategorie 1903 auf M 24 634,78, 1904 auf M 26 273,72; die Ausgabe auf M 15 461,70 bezw. M 10 276,18.

Die Zahl der Mitgliedschaften stieg von 23 auf 24.

Der „Seemann“ erschien laufend in 5000 Auflage; der Seemannskalender in 3500 bezw. 4000 Exemplaren; beide erforderten Zuschuß aus der Hauptkategorie.

Karfbewegungen erfolgten 1903 und 1904 in Flensburg, Stettin, Lübeck, ein Streik 1904 in Stettin, partielle Konflikte in Bremerhaven und Rostock. Sie verliefen ausnahmslos günstig für die Beteiligten, denen sie zum Teil bedeutende Verbesserungen einbrachten.

Ein Antrag des Vorstandes, die Krankenunterstützung einzuführen, wird abgelehnt. Auch über den Verschmelzungsgedanken wird verhandelt; die Generalversammlung erklärt jedoch in einer Resolution, daß einseitigen Kartellverträge genügen müßten. Sonst werden wesentliche Veränderungen nicht vorgenommen. Der Vorstand wird wiedergewählt; der Sitz bleibt in Hamburg.

Die Schiffszimmerer hielten vom 14. bis 16. Mai ihre neunte Generalversammlung in Rathenow ab.

Anwesend waren 28 Delegierte, 3 Vertreter des Zentralverbandes und 1 Vertreter der Kontrollkommission. Der Geschäftsbericht des Vorstandes liegt gedruckt vor. Die allgemeine Geschäftsfrage für die Jahre 1903/04 wird als eine schlechte bezeichnet. Die Ursache ist in der ungeheuren Ueberproduktion an Schiffsräumen zu suchen, viele Fahrzeuge werden im Ausland hergestellt. Streiks wurden geführt in Breslau, Stettin, Caputh, Neufalz, Rißig und Lehm, die alle zu Gunsten der Arbeiter verliefen. Der Erfolg äußert sich in einer Lohnverhöhung bis zu 8 1/2 pro Stunde. In hiesigen Orten sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Trotz der ungünstigen Konjunktur ist die Zahl der Mitglieder von 2057 auf 2408 gestiegen.

Die Kassenverhältnisse haben sich in der vorliegenden Periode wesentlich gebessert; die Einnahmen betrugen M 75 352,55 einschließlich eines Kassenbestandes von M 28 696,57, die Ausgaben belaufen sich auf M 28 641,40, der verbleibende Kassenbestand beträgt M 48 711,45.

Neben dem Vorstandsbericht nahm die Erörterung über die schon einmal abgelehnte Arbeitslosenunterstützung einen breiten Raum ein. Die Mitglieder sollen durch Abstimmung darüber entscheiden, ob sie eingeführt werden soll oder nicht. In Punkt Watteier will die Generalversammlung diese auf einen Sonntag verlegt wissen. Bei Punkt Arbeiterzuschuß wird darüber gestimmt, daß die bestehenden Schutzschriften zu wenig Nachachtung finden. Der im Herbst tagende Kongreß der am Schiffbau beteiligten Arbeiter, der zu dem Arbeiterzuschuß Stellung nehmen soll, wird durch drei Vertreter besucht werden. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt; das Gehalt des Vorstehenden wird von M 1800 auf M 2000 erhöht.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherungen.

gh. Die Schwierigkeit, ärztliche Gutachten zur Wahrnehmung der Rechte der Arbeiter gegenüber den Arbeitgeber-Organisationen zu erlangen, führt zu unzulässigen Zuständen. Ein Arbeiter hat infolge im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes genossen, wurde aber mit seinem Rentenanspruch zurückgewiesen, weil er nicht genügend Renten gelistet hatte. Nachdem er sich einige Zeit erholt hatte, machte er wieder mit seiner Arbeit einen Versuch und kam schließlich zu der Ueberzeugung, daß er jetzt arbeitsfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sei, d. h. wieder die Fähigkeit erlangt habe, mindestens 1/4 seines früheren Verdienstes zu verdienen. Demgemäß wollte er auch wieder Invalidenmarken haben. Er verlangte daher von der Versicherungsanstalt seine Karte, die ihm einbezahlt war. Um aber den Nachweis der wiedererlangten Arbeitsfähigkeit zu erbringen, hat er seinen Kassenarzt um ein Gutachten über seinen Zustand. Dies verweigerte der Arzt, der sich dabei auch noch als ein großer Arbeiterfreund aufspielte, indem er dem Arbeiter den Rat gab, die Kosten für ein ärztliches Gutachten zu sparen; er soll sich nur auf ihn (den Arzt) berufen, dann werde die Versicherungsanstalt auf ihre Kosten die ärztliche Untersuchung vornehmen lassen. Die Versicherungsanstalt dachte jedoch gar nicht daran, sie wies vielmehr das Gutachten auf Herausgabe der Invalidenkarte mit der Begründung ab, daß der Arbeiter den Beweis der wiedererlangten Arbeitsfähigkeit nicht erbracht habe. Jetzt muß der Arbeiter gegen die Versicherungsanstalt mit einer Beschwerde an die Verwaltungsbehörde vorgehen. Ganz ebenso verhält es sich, wenn sich die Folgen eines Betriebsunfalles verschlechtert haben und der verunglückte Arbeiter eine dementsprechend höhere Entschädigung verlangt. Auch in diesen Fällen ist es dem Arbeiter meistens unmöglich, seinen Kassenarzt zur Ausstellung eines Gutachtens zu bewegen.

Ein anderer Arbeiter hatte auf Grund des Gutachtens des Kassenarztes die Invalidenrente verlangt. Nachdem er aber von dem Reichsamt eine nochmalige Untersuchung unterzogen war, wurde ihm die Rente, weil er wieder arbeitsfähig ist, aberkannt. Er nahm nun Arbeit an; das

